

Gute Zeiten für Agrarier!

(Fortsetzung von der ersten Seite.)

Der Antrag lautet:

Um unter Berücksichtigung der Produktionskosten angemessene Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse für das kommende Wirtschaftsjahr, soweit sie gesetzlichen Höchstpreisen unterworfen sind, zu ermitteln, wird die Reichsregierung ersucht, sofort eine paritätisch zusammengesetzte Kommission aus Landwirten, landwirtschaftlichen Arbeitern und Konsumenten in Verbindung mit der Reichsregierung zu bilden, und auf Grund der Feststellungen derselben dem Ausschuss eine Vorlage über eine eventuelle Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse des kommenden Wirtschaftsjahrs zu unterbreiten.

Nach den Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums wird durch diese Prämie der Weizenpreis sich um 20,50 M. für den Doppelzentner erhöhen, mithin der Preis für ein Brot von 250 Gramm, der bisher 1,05 M. betrug, sich auf 2,45 M., also um rund 80 Pfennige verteuern, da gleichzeitig die bisher an die Gewinndeckung der Reichsbäckereien zur Verbilligung des Brotpreises weggefallenen 100 Millionen der Oberbürgermeister von Berlin, Westphalen, hat gegen dieses Vorgehen der Regierung schon deshalb offenen Einspruch erhoben, weil die Reichsbäckereistellen, von der die Abrechnung zu diesem Jahre ausging, nicht einmal für nötig gehalten hat, den Ausschuss, dessen stellvertretender Vorsitzender der Berliner Oberbürgermeister ist, zur Verbilligung über diese wichtige Frage einzuberufen. Nach wie vor entscheidet im neuen Deutschen Reich wie im alten die Agrarier im Bund mit der Eisenindustrie, deren Vertreter Stinnes ebenfalls noch im Ausschuss der Reichsbäckereistellen sitzt. Darin hat sich gegen früher nichts geändert, nur daß jetzt die Herren ihre alte gute Zeit wieder gekommen sehen und daher die Preise nach ihren Wünschen in die Höhe schrauben.

Freilich sagt der Reichswirtschaftsminister Schmidt, daß er sich in einer Zwangslage befindet. Die ausländische Zufuhr sei so gering, daß sie nicht im geringsten über die Not hinweghilft, falls die Landwirte wieder streiken und nicht genug abliefern. Es bleibe ihm also nichts übrig, als die agrarischen Forderungen zu bewilligen, denn Nachmittels könne er nicht freilich — die Posttruppen würden nicht gegen die Agrarier marschieren; zu solchem Kommando gäbe sich keiner der Offiziere her. Die Gewerkschaften sind ebenfalls eine Art Schutztruppe für die Landwirte, und diese selbst haben dank Postleuten sich mit Einwohnern wehren, so zu unglücklich verstanden, daß die ihnen gelieferten Granaten und Maschinengewehre verkauft genügen, um auch noch höhere Preisforderungen als unerlässlich zu verzeichnen.

So sind die Getreide- und Kartoffelbauern vorläufig zufriedengestellt, obwohl ihre Vertreter im Volkswirtschaftlichen Ausschuss rund heraus erklärten, daß es eigentlich noch nicht genug sei, und sie die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft nach wie vor verlangen. Damit ihnen aber die Kartoffelbauern nicht etwa die Gewinnmarge mißgönnen, hat der Ausschuss auch für Kartoffeln eine Prämie beschlossen, und zwar schon für jeden über 50 Prozent mehr gelieferten Zentner des Vorkriegspreises 2 Mark, steigend bis zu 100 Prozent auf 5 Mark, so daß der Zentner Kartoffeln für den Verbraucher sich um 2,50 Mark verteuern wird.

Durch eine andere Verordnung ist in derselben Sitzung des Ausschusses auch noch der Zuckerspreis erhöht worden, und zwar für den aus der diesjährigen Ernte noch herzustellenden Zucker um 25 Mark, die zum bisherigen Preise von 53 Mark noch hinzukommen, so daß der Gesamtpreis 78 Mark für den Zentner Verbraucherzucker betragen wird, was den Produzenten einen Mehrerlös von 125—135 Millionen Mark erbringen soll. Auch dieser Preisauflage wird mit Erhöhung der Produktionskosten begründet — in Wahrheit ist er eine Prämie, die verhindern soll, daß die Mühlen statt in die Zuckerröhren in den Futtertrögen wohnen, wo sie sich bei den hohen Preisen für Fleisch, besonders im Schweinehandel, besser bezahlt machen. Für die nächste Rübenernte von 1920 ist der Preis für den Zentner Rohzucker sogar auf 150 Mark festgelegt, so daß die Mühlen, die zum bisherigen Preise sich mit 4 Mark bewerteten, dann 14 Mark für den Zentner dem Landwirt bringen werden! Und der Verbraucher muß die Kosten tragen — der Zucker wird dann wohl auf das Dreifache des bisherigen Preises steigen!

Wohin das führen soll? Daß die notwendige nächste Folge das Steigen der Löhne und damit der gesamten Lebensunterhaltungskosten sein wird, ist selbstverständlich! Es genügt doch nicht, zu rechnen, daß wenn ein Brot um 80 Pfg. teurer wird, der Arbeiter dafür jährlich drei Mark seiner Familie 41 M. 60 Pf. zu bekommen hat und damit alle Unkosten deckt! Ach nein — so wie beim Industriearbeiter, verteuern sich durch das Steigen der Lebensmittel bei allen Arbeitern die Unterhaltungskosten, auch beim Arbeiter und Hausbesitzer, so daß schließlich die Steigerung der Lebensunterhaltungskosten sich um weit mehr als nur um den errechneten Preisauflage des Brotes vermehrt. Aber auch schon diese Erhöhung der Preise für Brot, Kartoffeln und Zucker treiben die Ausgaben gewaltig in die Höhe. Es wird nicht zu gering geschätzt sein, wenn man annimmt, daß für eine Familie von Mann, Frau und 2 Kindern = 28 Köpfen, die Ausgaben sich insgesamt um 250—300 Mark erhöhen werden. Genaue Berechnungen müssen sofort angefertigt werden! Die Regierung hat, wie sie mitteilt, bereits den Anfang zu solchen Preisberechnungen der Lebenshaltung gemacht. Das Berliner Statistische Amt hat schon seit Monaten solche Aufstellungen vorgenommen. Es kam zu folgenden Resultaten:

Der Geldwert des Ernährungsbedarfs für einen Arbeiter nach den Höchstpreisen und Maximalen des Monats Juli, einschließlich der im erlaubten freien Handel befindlichen Nahrungsmittel, die hinzugekauft werden müssen, um auf die notwendigen 3000 Kalorien Nährwert zu kommen, belief sich auf 1355 Mark; nach den Höchstpreisen und Maximalen des Monats November bereits auf 2345 Mark! In ähnlichen Resultaten kam Dr. M. Elias in Braunschweig a. M., der berechnet, daß die Kosten der Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie von 4 Personen sich von April bis November d. J. in Berlin erhöhte im Vergleich mit dem 100 auf 175.

Die neuen Preise, die jedoch beschlossen wurden, werden abermals gewaltig die Lebensunterhaltungskosten steigern. Die Regierung schätzt die Mehrbelastung auf 1 Milliarde Mark. Unserer Schätzung nach wird sich dieser Betrag durch Erhöhung des gesamten Lebensunterhalts, der die Folge dieser Nahrungsmittelverteuerung sein wird, bis auf das Doppelte, also auf 2 Milliarden Mark erhöhen. Ob es den Arbeitern gelingen wird, sie durch Erhöhung der Löhne zum Ausgleich zu bringen, hängt davon ab, ob sie energisch genug von Regierung und Unternehmern verlangen, daß der entsprechende Ausgleich geschaffen wird. Auf jeden Fall werden die Arbeiter nicht ruhig abwarten dürfen, bis man ihnen etwas gibt, sondern sie müssen ihre Forderung mit Nachdruck und Geschlossenheit vertreten. Die Erhöhung der Preise ist unabweisbar — ob dadurch auch mehr Lebensmittel werden herbeigeschafft werden, ist mehr als fraglich. Die Agrarier werden durch das Nachgeben der Regierung nur angereizt werden zu neuen, immer größeren Forderungen. Sie wissen ja — die Regierung gibt immer noch! Hat sie doch auch die Preissteigerung der Bierbrauereien, ihnen trotz der Nahrungsnot das Kontingent an Malz zu erhöhen, bewilligt und für das laufende Jahr den norddeutschen Brauereien ebenso wie bisher schon den bayrischen 15 Prozent des Preisvorschlags statt der bisherigen 5 Prozent bewilligt! Das ist eine Mehrbelieferung mit 130 000 Tonnen Gerste! Und das angesichts dieser drohenden entsetzlichen Nahrungsnot, bei der es am Brot fehlen wird! Trotzdem hat am 15. Dezember der Volkswirtschaftliche Ausschuss dem am 20. November gefassten Beschluß des Reichsrats zugestimmt.

Also — die gute alte Zeit ist für die Agrarier und die ihnen beschränkten Interessentkreise wieder da, und die alte Not der Arbeiter wird noch größer als je zuvor. In durchgreifenden Maßnahmen, zu energischem Zugriff unter Anwendung der Staatsgewalt hat die jetzige Regierung gegenüber den Agrariern weder Mut noch Kraft. Und damit hat sie ihren Bankrott erklärt!

Qualität.

Getreu ihrer heftigen Taktik, durch unangenehme Bekundungen ihnen unerwünschte Genossen der U. S. V. im politischen Leben unendlich zu machen, überschüttet mich die „Rote Fahne“ seit ihrem Wiedereintritt mit der „Anklage“ ihrer Verleumdungen, um in ihrem Jargon zu sprechen. Diese Verleumdungs-Kampagne scheint aber in neuester Zeit international „aufgezogen“ zu werden. Wenigstens kam die „Rote Fahne“ heute ihren Lesern einen Artikel vorführen, den der ihr nahestehende Berliner Korrespondent des „Daily Herald“ diesem aufgeschoben hat. Dieser lautet:

Ich erhalte aus einer zuverlässigen Quelle, daß zwei Führer des rechten Flügels der unabhängigen Sozialisten Herr Hilferding und Herr Cohn, eine Unterredung hatten mit einem wichtigen Mitglied der britischen Mission hier, zu dem Zweck, um die künftige Stellung der unabhängigen Sozialistischen Partei in bezug auf die Resolution der Leipziger Konferenz zu besprechen.

Ich erlaube, daß der linke Flügel der unabhängigen Sozialisten erregt ist über die Tatsache, daß Herr Hilferding und Herr Cohn die Resolution des Leipziger Parteitag so auslegen, daß sie es leichter finden, mit britischen Beamten zu verhandeln, als mit den Vertretern der Moskauer Internationale. Angesichts der geringen Unterstellung, die diese Führer bei der Masse ihrer Partei finden, wäre es nicht richtig, diesen Unterredungen ein großes Gewicht beizulegen.

Ne, das wäre wirklich nicht richtig! Nützlicher wäre es, ein wenig nachzudenken, bevor man so offenkundigen Wahn in die Welt setzt. Wenn ein Mensch mit gesundem Verstand davon glaubt, daß die Briten einen Zweck, ausgedrückt mit Vertretern der englischen Regierung über den Anschluß an die dritte Internationale zu verhandeln, um ein Schreiben der englischen Regierung an unsere Vertretung zu bewirken, den Anschluß zu unterbreiten! Das würde ja sofort die gewünschte Wirkung tun, nicht wahr?

In Wirklichkeit hatte Genosse Cohn und ich mit einem Vertreter der Mission, der sich vor seiner Abreise aus Deutschland über die allgemeine wirtschaftliche und politische Situation Deutschlands informieren wollte, auf dessen Wunsch, der mir durch einen deutschen Parteigenossen übermittelt wurde, eine kurze Aussprache. Wir sprachen über den Selbstschutz, die Notwendigkeit von Arbeit, Wohlfahrtspflege usw. Besondere wurde von uns die Idee der Erziehung für die Vererbung der Schiffe und die Kriegsergebnisse besprochen. Von politischen Fragen wurde nur ein Wort gesagt; wir sprachen nicht über den Engländer auf seine Frage die Grundweise des wirtschaftlichen und politischen Materialismus auseinander und seine Notwendigkeit für die Ausübung der proletarischen Diktatur während der Übergangszeit. Die Frage der Internationale wurde mit keinem Worte auch nur gestreift, ebensowenig irgendwelche konkrete, politische oder gar parteipolitische Fragen.

Besonders läßt sich aber der Kommentar der „Rote Fahne“ wie folgt:

„Wir vor kurzem erklärten die Kautsky und Hilferding die Brücke zur dritten Internationale in den Scheitern nicht nur Deutschlands, sondern auch nach Frankreich und England. Jetzt, wo sie sich der Nacht nahe glauben, wo sie schon Regierung in spe spielen zu können glauben, führt sie Weg nach Moskau — bereit über die Bourgeoisregierungen des Westens.“

Die Denunziation Kautskys, der mit der Sache gar nichts zu tun hat, ist für die Arbeit der Verleumdung recht begründend. Im übrigen welches Gewicht! Die Brücke sollen die Scheitern bilden, deren Ausschlag sich stets als Vorbedingung für eine Internationale bezeugt habe, der wir uns anschließen können. Und ich sollte mich der Nacht nahe glauben und Regierung spielen, wo gerade ich es als unwahrscheinlich bezeichne! Habe, daß wir in kurzer Zeit zu kommen können und gerade deshalb von manchen Kommunisten geschimpft wurde. Aber wie's tollt! Das richtige ist ja nur die Verleumdung. R. Hilferding.

Wie gehoben wird.

In Kalkum wurde durch den Arbeiterrat ein Wobbelwagen angehalten und der als Möbel deklarierter Inhalt beschlagnahmt. Der Inhalt bestand aus 50 Zentnern Kartoffeln, 40 Zentnern Mais, 8 Zentnern Weizen, 2 Zentnern Gerste, 2 Zentnern Roggen, 10 Zentnern Haferstroh u. a. m. Als Befehl kommt der Arbeiterführer v. Caprio, Woblow, ehemaliger Abgeordneter des Reichstags in Kalkum.

Der gute Mann hat seinen Pflichten noch nicht abgetan und beantragte eine Verabreichung seines Wobbelwagens, denn er habe nur sehr wenig gebaut und müsse, wenn er seiner Unterhaltungsbedürfnisse nachkommen wolle, noch Holz zukaufen. Zum Beschieden ist genug da, aber nicht zum Abheben. Das Geschrei der Herren nach Aufhebung der Zwangswirtschaft und Beseitigung der Arbeiterräte erscheint im richtigen Sinne, wenn man bedenkt, wieviel Schwierigkeiten durch die Arbeiterräte bereitet worden sind und die Agrarier um ihren Wobbelwagen kommen. Das Vaterländische Gefühl und Interesse für die Allgemeinheit zeigt dieses nicht vereinzelt dastehende Fall sehr deutlich. Wären weils Schichten der Bevölkerung darben und hungern, den Leuten ist das gleich, sie sorgen nur für sich und ihre Gleichen. Nur weils ist, und das Volksgesicht wird um so schneller hereinbrechen.

Bevorstehende Haftentlassung Kessels?

Nachdem man mit großem Geschick Herrn Kessel vom ordentlichen Zivilgericht vor ein Kriegsgericht verschoben hat, steht nunmehr die baldige Haftentlassung Kessels bevor. Das Reichswehrministerium läßt mitteilen, daß der Militärtribunal die Verhaftung Kessels nur auftracht erhalten habe, weil er sich zunächst die „subjektive Auffassung des Zivilrichters“ zu eigen gemacht habe, auf die hin die Verhaftung erfolgt sei. Nunmehr sei das Militärtribunal dabei, sich „seiner eigenen Auffassung“ über die Tatsachen zu bilden. Die Folge dieser „eigenen Auffassung“ dürfte sich sehr bald in der Haftentlassung Kessels kundlich machen.

Diese Wendung der Dinge kommt für uns nicht überraschend. Nachdem ein Kameradengericht mit der Unterbrechung der Verbrechen Kessels betraut wurde, stand vor aller Welt die Tatsache eines gescheitert herbeigeführten Komödientheaters fest. Wenn schließlich ein Zivilgericht vor einem Militärgericht nicht gekümmert wird, warum soll es da große Anstrengungen machen, Reineide und Urkundenfälschungen aufzuwickeln? Das sind gegenüber den Verdächtigten der Rote Schlingel doch nur Lapalien! Wir warten nun nur noch auf die Befestigung des Urteils gegen Kessels. Sie wird der Justizbehörde einen würdigen Abschluß geben.

Barvas, Kautsky und Haenisch.

Konrad Haenisch, dem das Regieren Meindor noch die Zeit zum Verweilen läßt, sendet uns mit der Bitte um Aufnahme die folgenden Zeilen:

„In der Zeitschrift der unabhängigen Partei wurde ich fortgesetzt in Verbindung gebracht mit der Partei, die in Nr. 37 der „Glocke“ Barvas gegen Kautsky gerichtet hat. Ohne mich mit dem Inhalt der Zeitschrift selbst zu befassen, lege ich doch Gewicht darauf, festzustellen, daß ich mit der Veröffentlichung dieses Artikels von Barvas nichts zu tun gehabt habe, daß mir dieser Artikel nicht mehr vor der Drucklegung des Heftes gänzlich unbekannt gewesen ist und daß ich von ihm zuerst aus der „Arbeit“ etwas erfahren habe. Das Heft der „Glocke“, das den Angriff enthält, ist mir erst wesentlich später zu Gesicht gekommen als der Redaktion der „Arbeit“.“

Nachdem Haenisch vor einigen Wochen erklärt hatte, daß er die Redaktion der „Glocke“ niedergelegt habe, ist es in der „Freiheit“ mit dem Artikel des Herrn Barvas nicht unmittelbar in Zusammenhang gebracht worden. Wir haben ihn nur gerührt, ob er auch nach diesen über alle Maß schmutzigen Angriffen seinen Freund Barvas noch immer für einen einwandfreien Charakter halte. Das erklärt sich der Erklärungsfreudige leider nicht.

In dem in der „Zukunft“ veröffentlichten Brief des Herrn Sonnensfeld teilte uns der Reichsleiter des Herrn Georg Ellag mit, daß dieser niemals irgend jemandem einen Auftrag gegeben habe, gegen Karl Liebknecht etwas zu unternehmen. Sonnensfeld werde wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung verurteilt und in der Abwehr stelle er seine unrichtigen Behauptungen auf. Herr Ellag habe dringende Vorstellungen erhoben, damit Sonnensfeld so schnell wie möglich aus Deutschland ausgewiesen werden möchte.

Ferner wird offiziell mitgeteilt, daß die Behauptung Sonnensfelds in seinem Briefe, daß die sozialdemokratische Wahlpropaganda seien Gelder aus der Staatskasse gegeben worden, unrichtig sei. Es seien niemals amtliche Mittel für die Wahlpropaganda irgendeiner Partei bezahlt worden.

Deutschnationales Denunziantenpaar.

Stadtinspektor Dr. Ewig, Oberlehrer Prof. Hugo, Lehrerbildungsprofessor Gehrmann, Dr. Dietrich Schöler usw. haben an den engeren Vorstand des deutschnationalen Lehrerbundes im Rahmen dieses einen „Offenen Brief“ an den höchsten Vorgesetzten der Lehrerschaft, den Minister Haenisch, gerichtet, dem wir folgende Denunziation entnehmen: „In durch Verletzung schweiger Pflichten und Einwirkung von Verleumdungen auch der Frau der Herren und Damen unterstellt worden, die in der Abendnummer des „Vorwärts“ vom 12. November von der „Verleumdung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen“ aufgeführt werden, den 18. November, vormittags 11 Uhr, sich am Denkmal Otto des Zweiten zur Verdringung des Parteimannes Haase eingefunden, um möglichst auch im Falle der Urlaubsbewerbung.“

Das ist gewiß eine Denunziation, wie sie überhaupt nicht gedacht werden kann, aber sie übertrifft nicht, denn was ist von der Seite dieser Schulbuben anderes zu erwarten.

Anderes zu beurteilen ist es dagegen, wenn sich ein Organ, das sich angeblich die Förderung der sozialistischen Lehrerbewegung zur Aufgabe gemacht hat, nicht viel anders bestimmt. „Der freie Lehrer“, das Blatt jener Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, die Herr Heinrich Schulz gleich Bepflanzung und Schwächung der interjuristischen Lehrerbewegung ins Leben gerufen hat, beschäftigt sich ebenfalls mit dem „Offenen Brief“ der Denunzianten vom „Deutschnationalen Lehrerbund“. Das Blatt bringt seinen Horn über die Annahmen der deutschnationalen Kollegen zum Ausdruck, indem es seinen Artikel drastisch „Freiheit du siehst“ überschreibt. Aber dieser Horn ist nur äußerliche Raute. Das Blatt liest den „Offenen Brief“ und schreibt dazu: „Wir scheiden den letzten Fall die Denunziation wegen der Verleumdung an Haases Verleumdung, für den wir nicht die Verantwortung zu übernehmen haben, aus.“

Wenn sich dahinter nicht heimliche Denunziation über die Denunziation der Deutschnationalen verbirgt, so spricht daraus doch eine unglückliche Feigheit, und man ist im Zweifel, welches von beiden Nationalen beschuldigt ist.

Zum Streit der Gastwirte.

Der Streit der Gastwirte ist nach zweitägiger Dauer gestern Abend beendet worden. Die Verhandlungen mit der Regierung haben, soweit bisher bekannt geworden ist, für die Gastwirte ein wesentliches Resultat nicht ergeben. Die Reichsregierung sieht die der "Vorwärts" von zuständiger Stelle erfahren hat, auf folgendem Rechtsstandpunkt, der von dem Reichsjustizministerium und dem Reichswirtschaftsministerium einseitlich vertreten wird.

Wollte man den Gastwirten, wie sie es verlangen, eine Sonderstellung innerhalb der Befehlsgebung einräumen, so bliebe von dem ganzen Gebäude der Zwangswirtschaft, das die Reichsregierung einstweilen unter keinen Umständen abgeben zu können glaubt, nicht viel mehr übrig als ein durchlöcherter Schutzhülle ohne rechten Inhalt und Zweck. Wie es gegenstandslos unmöglich ist, die milderen Fälle der Lebensmittelvergehen aus dem juristischen Laienhand der Schlichterhandlungen herauszuschälen, so ist es überhaupt grundsätzlich nicht angängig, die Gastwirte hinsichtlich der Uebertretung von Ernährungs- und Wirtschaftsverordnungen besser zu stellen als andere Handelstreibende. Ein Eingehen auf die Wünsche des Gastwirtsstandes ist nach Auffassung der Reichsregierung nur denkbar in der Richtung, daß einerseits an die Gastwirtschaften eine reichlichere Belieferung als bisher erfolgte, daß andererseits eine Zurückdämmung der Ansprüche des Gastwirtsstandes ganz unumgänglich sei. Die Reichsregierung hat die Lage des Gastwirtsstandes durch die neue Bürgerrechtsverordnung keine wesentliche Änderung erfahren, da ja schon auf Grund des Gesetzes vom 7. März 1918 jeder Gastwirt, der im Sinne dieses Gesetzes Schlichterhandel trieb, sich Trajanz machte.

Gerade der Reichsjustizminister verkennt in keiner Weise die Notlage und die Schwierigkeiten, mit denen das Gastwirts-gewerbe zu kämpfen hat. Dem soll im weitestmöglichen Maße Rechnung getragen werden, indem einmal alle Rechts-urteile gewoben werden, um den berechtigten Interessen im Wiedererwerb der Gastwirtschaften die Möglichkeit zu geben, alles zu ihrer Erhaltung dienende dem Staat vorzutragen, und ferner dadurch, daß der Justizminister in bereitwilliger Weise die Landesjustizverwaltungen anweisen will, die neue Bürgerrechtsverordnung gegenüber dem Gastwirtsstand nach Möglichkeit und in besonderem Maße milde zu handhaben. Vor allem soll von dem Vornachlassungsrecht der Landes-justizverwaltungen zur Umwandlung von Freiheits- in Ordnungshausen, sowie von einer entsprechenden Strafschärfung abgesehen werden. In letzteren Fällen weitgehender Vorzug gemacht werden. Dem über hinaus ist es aber für die Reichsregierung eine Unmöglichkeit, im Rahmen der Zwangswirtschaft den Gastwirten eine Sonderstellung zuzugestehen.

Wir finden dieses Entgegenkommen, das hier angebeutet wird, schon reichlich weit genug. Wir erinnern uns der Kriegsjahre, wo die Richter, die über Verurteilungen gegen die Vorbesitzer der Lebensmittelvergehen zu urteilen hatten, sich bitter darüber beklagten, daß die Gesetze nur eine so milde Bestrafung zuließen. Auf diese Klagen der Richter ist wohl zunächst das Entschieden des Reichs vom 7. März 1918 zurückzuführen, wonach jeder Gastwirt, der im Sinne dieses Gesetzes Schlichterhandel trieb, sich Trajanz machte. Sonderbarerweise scheinen die Dinge sich nachher ins Gegenteil umgekehrt zu haben. Während vordem den Richtern die härteren Strafen geneigt waren, nur ein mildes Gesetz zur Seite stand, fand das neue härtere Gesetz mildere Richter oder besser gesagt, Staatsanwälte, die nicht in genügender Weise ihres Amtes walteten und gegen die Strafen Auflage erhoben. Das Wahrgenommene vom November d. J. war also gewissermaßen nur eine Auflockerung des Gesetzes vom 7. März 1918. Es zeigte nur den festen Willen der Regierung, nachdem die Ernährungsfrage von einer Katastrophe andauernd droht, energisch gegen die Auswüchse vorzugehen, die das System der Zwangswirtschaft über den Hausen zu werfen drohten.

War es nun nötig, daß die Regierung, nachdem sie hiermit einen energischen Schritt nach vornwärts getan hat, vor den Proklamation der Gastwirte nunmehr furchtsam einen Schritt wieder zurückmacht? Denn das Verbot, die Landesjustizverwaltungen anzuweisen, von dem Vornachlassungsrecht in weitestmöglicher Weise Gebrauch zu machen, bedeutet einen Schritt, der gerichtet ist, das Bürgerrecht völlig illusorisch zu machen. Denn bekanntlich werden solche Anweisungen von den Justizbehörden meistens nicht ausgeführt, als ob sie nun nach wie vor gegen die Verurteilung im Gebiet der Lebensmittelversorgung nur in loser Form vorzunehmen seien. Damit würde das Gesetz zu einer Farce werden, die die Stellungnahme der Regierung, die dieses Gesetz eingebracht hat, würde nicht sein als eine drohende Seite. Die Regierung soll aber nicht glauben, daß das deutsche Volk sich noch länger etwas vormachen läßt. Nachdem sie erst einmal angebeutet hat, daß auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung eine fast unvorstellbare Anarchie herrscht, und nachdem sie selbst ein Mittel vorgezeichnet hat, mit dem diese Anarchie wirksam zu bekämpfen ist, nachdem ferner der Streit der Gastwirte empfinden hat, daß das Bürgerrecht als eine wirksame Waffe empfunden wird, kann keine Rede mehr davon sein, daß das Gesetz auf irgendeine Weise außer Anwendung gebracht wird oder auch nur Abänderungen erfährt. Die hungernden Bevölkerungsteile im Reich werden es nun nicht mehr länger dulden, daß ihnen Lebensmittel zugunsten Besserbemittelter entzogen werden. Die Regierung muß sich nun entscheiden, was ihr lieber ist, der Kampf gegen die Gastwirte oder der Kampf gegen die Arbeiterschaft.

Wie nicht anders zu erwarten war, stellt sich die gesamte bürgerliche Presse einseitig hinter die Gastwirte. Selbst die "Berliner Morgenpost", ein Blatt, das leider noch in sehr vielen Arbeiterfamilien gelesen wird, hält es für ihre Aufgabe, die Interessen der Gastwirte zu vertreten, wobei natürlich die Interessen der kleinen Leute, die auch zum großen Teil zu ihren Befürwortern, völlig unbeachtet bleiben. Doch auch die "Deutsche Tageszeitung" in daselbe Horn bläst, ist nicht veränderlich. Ihre Leser, die Landwirte, stehen ja mit den Schlichterhändlern in enger Verbindung und machen mit ihnen zusammen glänzende Geschäfte. Würde das Gesetz mit seiner ganzen Schärfe in Anwendung gebracht werden, dann wäre dieser glänzende Handel bald eingedämmt und der Profit dieser laubhaften Geschäfte wäre arg bedroht. Elegisch schreibt die "Deutsche Tageszeitung": "Jeder Hausvater weiß, wie schwer die Gastwirte seit Jahren zu kämpfen haben, wenn sie die Mägen der hungernden Bevölkerung befriedigen wollen. Dafür haben die Gastwirte nicht verdient, daß man sie zu einer Zeit, wo alles schief und kein Bewohner der Großstadt mit der ihm amtlich zugewiesenen Lebensmittelmenge auskommen kann, zum Gegenstand ausnahmeweise rigoroser Verfügungen macht."

Ja, weiß denn die "Deutsche Tageszeitung" nicht, wie jeder Hausvater, mehr aber noch jede Hausmutter, zu kämpfen hat, um die Mägen ihrer hungernden Familienmitglieder zu befriedigen? Dafür scheint dieses Blatt allerdings kein Verstand zu haben. Denn sonst würde sie unsern Standpunkt teilen müssen. Es ist doch eine ganz logische Sache, wenn in den hungernden Gastwirtsständen im Deutschen Reich täglich Millionen von Lebensmitteln, die eigentlich der Nationierung unter-

liegen, aber ohne Nutzen an jedermann, allerdings zu sehr hohen Preisen, abgegeben werden, so fehlt diese große Menge an der Verteilungsmenge, und das, was die einen, die es infolge ihrer großen Geldbeurteilung begabten können, zuviel erhalten, das erhalten die anderen, die Armen, zu wenig. Und hierin liegt das Ungerechte, das man bekämpfen muß, wenn man nur noch einen Funken Gerechtigkeitsgefühl besitzt. Es ist wohl richtig, wenn behauptet wird, kein Mensch komme mehr mit dem aus, was ihm die Nationierung zuweist. Fast jede Familie kauft noch hinterherum Lebensmittel dazu; aber das wäre doch gar nicht nötig, wenn von vornherein die Lebensmittel in ihrer ganzen Menge erfasst werden würden und dann demgemäß in gleichen Mäßen zur Verteilung kämen. Nur dadurch, daß nur ein Bruchteil aller Lebensmittel von der Nationierung erfasst wird, das übrige aber in den Schleichhandel wandert, sind die einzelnen Nationen so klein geworden, daß niemand mehr davon leben kann. Der Effekt ist nun der, daß man mit einiger Mühe schließlich auch zu dem kommen kann, was einem gebührt, aber man zahlt man nicht mehr die bedrohlich vorgeschriebenen Höchstpreise, sondern auch ungeheure Preise bezahlen. Dem Privatkaufmann wird nun in der Erlangung von Schleichhandelswaren obendrein noch eine ungeheure Konkurrenz seitens der Gastwirte gemacht. Diese brauchen die Schleichhandelswaren nicht

Aufruf!

Von den Hinterbliebenen der in der Französischen Straße ermordeten Matrosen befindet sich ein großer Teil in bitterer Not. Alle Versuche, eine Entschädigung zu erlangen, waren bisher erfolglos. Es war den Angehörigen nicht einmal möglich, die Geldbeträge und Wertgegenstände zurückzuerhalten, die den Ermordeten nach der Bluttat von den Helfern geraubt wurden.

Unter den Angehörigen befinden sich Mütter, die mehrere unmündige Kinder zu erziehen haben, Witwen, die ihren einzigen Ernährer, ihren Sohn, verloren. Es ist Pflicht aller Menschenfreunde, diesen Opfern der militärischen Gewalttätigkeit zu helfen. Es muß ihnen wenigstens zum Weihnachtsfest eine kleine Hilfe gebracht werden.

Wir bitten daher alle, die durch den Marlob-Prozess die Schmach des neudeutschen Militarismus empfunden haben, ein Scherlein für diesen guten Zweck beizugeben. Eine Hilfe ist dringend geboten. Geldspenden bitten wir unter der Aufschrift: "Matrosenmord" zu richten an Richard Küster, Verlag der "Freiheit", Berlin NW 8, Schiffbauerdamm 19. Ueber die eingegangenen Spenden wird öffentlich quittiert.

Redaktion und Verlag der "Freiheit."

für sich persönlich, sondern wollen ihrerseits damit noch Geschäfte machen, nach demselben Verfahren, und das nicht so knapp. Sie treten also den Schlichterhändlern die höchsten Preise, nur um auf jeden Fall in den Besitz von Lebensmitteln zu gelangen. Damit ist der Anreiz für die Schlichterhändler und zugleich auch für die Landwirte, die Lebensmittel der Nationierung entgegen und sie hinterherum abzugeben, immer größer geworden. Die "Deutsche Tageszeitung" erblickt in dieser Erscheinung auf einmal einen Vorwand des sozialen Bewusstseins, der schon unter der alten Regierung vollkommen schmerzhaft erlitten habe und sich nun zu einem schmerzhaften Nihilismus auszuwickeln. Gegen diese Methode müssen wir Einspruch erheben. Nicht der Gedanke der Zwangswirtschaft hat Schlichterhändler erlitten, sondern nur der schändliche Apparat, der diesen Gedanken zur Verwirklichung bringen sollte. Hätten wir nicht die maßlose Korruption in allen Kreisen, besonders aber auch unter den Beamten, dann würde die Zwangswirtschaft das sein, was sie sein soll, ein locales System zur gerechten Verteilung aller vorhandenen Lebensmittel und Verbrauchsgüter. Um dieses System nun zu einem vollendeten zu machen, bedarf es des schärfsten Kampfes gegen Schlichter und Bucherer. Die Regierung, die sich dessen nicht will bewusst ist, und vor den Drohungen dieser Sippchaft zurückweicht, verdient, daß sie beseitigt wird. Wir werden dafür sorgen, daß der Arbeiterschaft die Augen geöffnet werden, damit sie darauf achtet, wessen Interessen sich die Regierung mehr annimmt. Die Arbeiterschaft wird daraus dann ihre Konsequenzen ziehen müssen.

Die Auslieferung der Schuldigen.

Paris, 19. Dezember. (Havas.) In französischen diplomatischen Kreisen wird bemerkt, daß von der deutschen Nationalversammlung angenommenes Gesetz betreffend Abänderung von Verträgen, die seit der Eröffnung der Feindschaften bis zum Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages begangen wurden, an den Bestimmungen des Friedensvertrages bezüglich Auslieferung der Schuldigen durch Deutschland nicht ändern kann.

Denikin davongejagt.

Ostfriesburg, 18. Dezember. Denikin ist, wie Wabana aus zuverlässiger Quelle erfährt, seines Amtes entbunden worden. Zum Oberbefehlshaber der weißen Truppen in Südrussland wurde der Kavalleriegeneral Baron Wrangel ernannt.

Auch britische Offiziere im Kampf gegen die Bolschewisten.

L. N. London, 19. Dezember. Aus einer Mitteilung Churchills im Unterhaus geht hervor, daß entgegen den Erklärungen Lord Georges britische Offiziere, die der britischen Mission in Südrussland angehören, sich tatsächlich an dem Kampf gegen die Bolschewisten beteiligen. Churchill erklärte, sie täten dies aus eigenem Antrieb. Er konnte aber nicht verneinen, daß sie regelmäßig für ihre Kampftätigkeit verwendet. Churchill erklärte, er denke keineswegs daran, dieser Tätigkeit der Offiziere Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Der Vormarsch der roten Armee in der Ukraine.

Wie die polnische Presse aus Lwenz-Podolsk meldet, befinden sich die antibolschewistischen Truppen in voller Auflösung. Die rote Armee hat sich zum großen Teil zur roten Armee übergeben und beteiligt sich in diesen Verbänden am Kampfe gegen Denikin, dessen Heere nach dem Fall von Ehorlow und Riem fluchtartig zurückweichen. Gegen sammeln sich versprengte Truppen an der polnischen Grenze und in Ostgalizien, wo sie durch ständige Fuldäufe der Dourenschafft, die auf die äußerste gegen die Warschauer Regierung und deren Annegationsbestrebungen erbittert ist, verstärkt werden. Auch die Lage der weißrussischen Republik, die bekanntlich von Polen nicht anerkannt wird, ist sehr schwierig geworden. Die polnische Presse befürchtet ein Uebergreifen der Aufstandsbewegung nach den östlichen Gouvernements Polens.

Der Brand deutscher Schiffe in englischen Häfen.

Im Zusammenhang mit dem Brand an Bord ehemaliger deutscher Kriegsschiffe meldet die "Morningpost", man sei der Ansicht, daß diese Brände durch Deutsche angelegt worden seien und eine gewisse Ähnlichkeit mit der Versenkung der Flotte von Scapa Flow zeigten. Das Blatt behauptet, in Berlin werde von einem Bureau, das über sehr viel Geld verfüge, eine eifrige Propaganda entfaltet, es weist ferner auf die Tatsache hin, daß viele Tausende von Deutschen, die während des Krieges interniert waren, jetzt freigelassen seien. Im Londoner Hafen z. B. seien vier Personen, darunter drei Ausländer verhaftet worden und zwar unter dem Verdacht, mit dem Brand im Zusammenhang zu stehen. Es seien jetzt aber Maßnahmen getroffen, um sämtliche ehemaligen deutschen Schiffe, die in alliierten Häfen eintreffen, unter strenger Beobachtung zu halten und besonders die ausfahrenden Schiffe scharf zu kontrollieren, da man an eine weitverbreitete Verschwörung glaube.

Die thüringische Staatengemeinschaft.

Weimar, 19. Dezember. Der Volksrat von Thüringen hat in seiner heutigen Sitzung, den vom Weimarer Bundtag in seiner Denkschrift vom 12. 12. 1918 gestellten Bedingungen über den Eintritt Weimars in die thüringische Staatengemeinschaft einstimmig zugestimmt und zugleich beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die Beziehungen zum Reich regelt, und eine neue Verfassung in die Wege zu leiten, zum Zweck der Aufnahme preussischer Gebiete in die thüringische Staatengemeinschaft. Durch den Beitritt Weimars zur thüringischen Staatengemeinschaft ist nunmehr der Zusammenschluß aller thüringischen Gliedstaaten mit Ausnahme Coburgs, das in Bayern aufgeht, erfolgt.

Er hat das bessere Teil erwählt.

Kassel, 19. Dezember. In der heutigen Stadtvorordnetenversammlung wurde der frühere Ministerpräsident Scheidemann mit 48 von 88 abgegebenen Stimmen zum Oberbürgermeister von Kassel gewählt. Doch die Wahl nur mit weniger Mehrheit erfolgt. H. Dörfling Herrn Scheidemann nicht hören. Ist es doch für einen Volksführer besser, die letzte Stunde eines Oberbürgermeisters mit Personoberbedingung auf Jahre hinaus imgehoben, als sich den schonenden Kränzen der Mehrheit als parlamentarisches Mitglied aufschmiegen zu müssen.

Der Partikularismus meldet sich.

München, 19. Dezember. Die Korrespondenz Hoffmann meldet anläßlich der Klüßlichkeit auf die Beurlaubung, die in der Öffentlichkeit durch die Verhandlungen in der preussischen Landesversammlung über die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates angekündigt worden ist, hat die bayerische Regierung sich entgegen der dringenden Bitte an die Reichsregierung gewandt, sobald wie möglich die Regierung der Länder zu einer Besprechung der Angelegenheit zusammenzurufen.

Geimtransport der Ar'eggefangenen aus Indien.

H. N. London, 19. Dezember. Churchill teilte im Unterhaus mit, daß die deutschen Kriegsgefangenen in Britisch-Indien ungefähr am 24. Dezember in Indien verladen werden. Die Kriegsgefangenen in Malta sind bis auf zehn Kanäle bereits in die Heimat geschickt worden. Reise der deutschen Bevollmächtigten nach Paris. Zur Abklärung der mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erforderlichen wendenden technischen Uebereinstimmungen hatte die Note Clemenceaus vom 8. November zur Einsetzung von Bevollmächtigten deutschen Vertretern nach Paris aufgefunden. Die Kommission dafür ist gebildet worden. Die militärischen Mitglieder dieser Kommission sind bereits abgereist, die übrigen verlassen heute Abend Berlin.

Die Besetzung der Außenhandelskontrolle.

Die Besetzung der Außenhandelskontrolle wurde vom Reichswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung in der Form, die sie im Reichsrat erhalten hatte, angenommen. Die Besetzung ermächtigt den Reichswirtschaftsminister zum Verbot der Ausfuhr von Waren jeder Art mit der Wirkung, daß die Ausfuhr nur mit Bewilligung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr oder der sonst zuständigen Stellen erfolgen darf. Bei der Ausfuhrbewilligung wird zugunsten der Reichsliste eine Abgabe erhoben, deren Ertrag zur Förderung sozialer Aufgaben verwendet werden soll. Für Juwelierhandlungen werden Geld- und Gefängnisstrafen vorgeschrieben.

Eine Frau als Referentin im Reichswirtschaftsamt.

Wie die "Telegraphen-Union" erfährt, ist als erste Frau die Demokratin Dr. Rosa Wellner als Referentin für Sozialisierung und Arbeiterfragen ins Reichswirtschaftsministerium berufen worden. Auf die Besetzung dieser Stelle hat der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschlossen, daß in beiden Fällen, in denen eine Frau wegen Reingewinnvermehrung festgesetzt ist, eine Reingewinnvermehrung vorliegt, daß jedoch in dem zweiten Fall nicht eine Geldstrafe, sondern nur die Zwangsarbeit zulässig gewesen wäre, eine solche nicht möglich aber nicht festgesetzt werden kann. Deshalb wurde die Besetzung zugunsten, soweit sie sich gegen die erste Geldstrafe richtet, bis am 17. November 1918 verhängt. Die Besetzung wurde aufgehoben.

Neuaufbau der Rätebewegung.

Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte stand „Die Zukunft der Arbeiterräte“. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Dr. Wilsons Goldschmidt einige Erläuterungen über die Verbindungen des Bundes für proletarische Kultur. Der Bund, der aufgebaut ist ganz im Sinne des Räteismus, will den Betrieben und in Eilen Theaterveranstaltungen veranstalten und erstrebt dafür die Mitarbeit der Arbeiterräte.

Zum Tagesordnungspunkt schritt Herr Nachbar Müller: Er schildert eingangs die allgemeine Unzufriedenheit, die über die Entwicklung der Verhältnisse seit der November-Revolution überall besteht: bei der Arbeiterschaft, bei der militärischen Reaktion, bei den Kapitalisten. Auch die neu gebildeten Regierungskreise können sich anfangs der revolutionären Zustände nicht wohl fühlen. Woher diese

allgemeine Unzufriedenheit?

Wir leben Revolution im ganzen Volk- und Wirtschaftsleben, alles wie stürzt oder steht in furchtbarem Kampfe mit den Erbsünden der neuen Zeit. In einer solchen revolutionären Epoche können wohl Personen hemmend in den Gang der Ereignisse eingreifen. Müller zitiert das bekannte Wort über den Gang der bürgerlichen und proletarischen Revolution. Wir leben mitten in der proletarischen Revolution, ausgelöst durch die Spannung des Weltkrieges. Ein Jahr ist seitdem vergangen. Aber was bedeutet ein Jahr im Verlauf der Entwicklung? Müller erinnert an den genau vor einem Jahr stattgefundenen 1. Räte-Kongress und bezeichnet denselben als den

Abschluß des ersten Aktes der Revolution.

Die Arbeiter- und Soldatenräte haben damals ihre Rechte preis gegeben und die Nationalversammlung, hätten allerdings damals die Rechtssozialisten so gesprochen wie kürzlich Sellmann in der preussischen Landtagsversammlung, dann wäre vielleicht doch die Entwicklung anders ausgefallen. Wir beteiligten uns nicht am Verrat, weil wir uns des Verrats nicht mitschuldig machen wollten. Wir wußten, daß es nach dieser Entscheidung mit dem letzten Recht der Arbeiterräte vorbei war. Wir haben uns dafür entschieden.

für die Arbeiterräte zu kämpfen.

Herr Nachbar Müller skizziert kurz die Entwicklung zur Revolution und stellt fest, daß das deutsche Volk unklar, zusammenhanglos in die Revolution hineingeraten ist. Wie man zum Sozialismus komme, darüber bestand keine Klarheit. Die Führer versagten, sie ließen an der veralteten Ideologie festhalten, der Sozialismus sei nur zu verwirklichen nach Überwindung des Kapitalismus. Nur ein kleiner Teil sah die reaktionäre Eroberung der politischen Macht, das einzige Mittel zum Sozialismus zu kommen. Unter diesen Umständen war an eine zweite Revolution nach dem Rückwärtsschritt zu denken. Die große Aufgabe lag den Scheinsozialisten zu den Füßen. Es blieb uns deshalb nichts übrig, als die Masse aufzuklären und sie mit Wesen und Ziel der Revolution vertraut zu machen.

Die wichtigste Frage, heute und vor einem Jahre ist: Wie können wir die Massen schulen und zusammenfassen zum revolutionären Kampfe? Wir haben ein Jahr Erfahrung hinter uns. (Nur bei den Kommunisten.) Ich glaube, wir können immer lernen, und wenn wir ein Jahr älter sind, werden wir wieder gelernt haben. (Debatte über die Kommunisten.) Der lebendigste Teil der Proletariat drängte damals nach Aktion, diese Stimmung fand in dem

Januar-Putsch

ihren Abschluß, Aktionen und Versammlungen verhängnisvoll werden, wenn sie bei den breiten Massen keinen Boden finden.

Auf eine solche Parole war die Januar-Bewegung aufgebaut. Dadurch wurde die Masse kampfbereit gemacht und fehlte, als man sie brauchte. Durch Parolen und gesteigerte Aktionen macht man keine Revolution, ohne daß die ökonomischen und politischen Voraussetzungen erfüllt sind. Müller schildert die Taktik der Rechtssozialisten, die die Richtigkeit der Masse auszunutzen und sie mit ihrer verbürgerlichten Ideologie hinter sich brachten. Er erinnert an die Dezember- und Januarstage, wo Oberst, Schreiermann und dann Koste den Grund legten zu all den Dingen, die jetzt durch den Marjahprozeß nur teilweise an die Öffentlichkeit gelangt sind. Der Heilungsprozeß des deutschen Proletariats schreitet schnell vorwärts. Die förmlich geschaffene Macht der eberlinischen Republik kann nur mit Macht zusammengehalten werden. Bald stehen wir vor dem katastrophalen Zusammenbruch der eberlinischen Herrschaft. Das deutsche Proletariat darf nicht wieder so ziel- und planlos in die zweite Phase der proletarischen Revolution hineingeraten. Wenn es auch nicht gelingt, das ganze Proletariat zusammenzufassen, so muß doch eine treffliche Oberleitung da sein, die Ziele der Revolution zu verwirklichen.

Müller kommt dann auf die Gewerkschaften zu sprechen und bezeichnet sie als äußerst wichtige Faktoren in der revolutionären Kampfe. Das Jahr revolutionärer Entwicklung hat uns mehr Erkenntnis gebracht, als ein Jahrzehnt formaler Entwicklung. Es muß unsere Aufgabe sein, an die Millionen der Gewerkschaftsmitglieder heranzukommen. (Rufe: Da werden sie noch dümmer gemacht.) Bei den Gewerkschaften wird auf abschleppbare Zeit die Führung der großen wirtschaftlichen Kampfe liegen. Jeder Versuch, den Gewerkschaften dieses Tätigkeitsfeld zu rauben, an ihre Stelle andere Organisationen zu setzen, ist unnütz und muß bekämpft werden. Solche Organisationen sind die Betriebsorganisationen, die wir auf's schärfste bekämpfen. Wir befinden uns da in Gemeinschaft mit der Zentrale der Kommunistischen Partei. Allerdings müssen wir die Gewerkschaften revolutionieren. Nur so können wir zum Ziele gelangen. Mag es auch sein, einen oder anderen zu lange dauern, wer in den Gewerkschaften steht und beobachtet, wird finden, daß diese Revolutionierung weit schneller vor sich geht, als man ahnt. Diejenigen, die das Verlogene der Räte auf Personen zurückzuführen, wie die Berliner „Rote Fahne“, mich besonders dafür verantwortlich macht, diese Leute haben nicht erkannt, daß die revolutionäre Entwicklung nicht von Personen gemacht wird, sondern daß die ökonomischen, sozialen und allgemein-kulturellen Verhältnisse den Gang der Entwicklung vorschreiben. Eine solche Betriebsorganisation, die fest auf den ökonomischen und sozialen Bedingungen steht, wollen wir schaffen. Wir treiben damit keine Vereinseitigkeit, wie uns die Zentrale der K.P.D. unterstellt. Das geschieht wohl nur aus agitatorischen Gründen. Waren wir uns einig mit der Zentrale der K.P.D. über die Betriebsorganisation, so sind wir uns nicht einig mit der Zentrale über die Rätebewegung. Wir wollen den Räten schon heute die Möglichkeit der praktischen politischen und wirtschaftlichen Schaffung geben. Daß wir damit auf dem rechten Wege sind, beweist uns der heftige Kampf der Gegner. Die Kommunisten befinden sich hier

auf der gleichen Linie mit Scheidemann,

denn wenn man die Schaffung der Räteorganisation für überflüssig hält, so muß man notwendig auch den ganzen Räterummel für einen Schwindel halten. (Rufe bei den Kommunisten.)

Wir müssen uns heute über den Aufbau der künftigen Räteorganisation klar werden. Müller wendet sich gegen die Spitze über die „Rätebewegung“ und stellt unter Beifall fest, daß die kein Recht haben, zu spotten, wie nichts anderes an die Stelle zu setzen haben. (Debatte über die Kommunisten.) Herr Nachbar Müller verliest darauf die Richtlinien und Ausführungsbestimmungen für die Tätigkeit der Arbeiterräte, die im wesentlichen dem bereits bekannten Organisationsplan entsprechen und die wir in den nächsten Tagen zum Ausdruck bringen werden. Er knüpft daran nochmals kurz eindrucksvolle Ausführungen und konstatiert, daß heute die Masse des arbeitenden Volkes sich klarer geworden ist über alle Notwendigkeiten. Es gibt nicht immer Parteien mit

großen Parolen zu schaffen, sondern Organisationen, die den Boden vorbereiten für die Umwälzung. Deshalb schlägt Müller dem Vollzugrat in seiner großen Mehrheit diese Richtlinien zur Annahme vor. Aber es ist nicht möglich, mit denen, die diese Richtlinien nicht anerkennen, zusammenzuarbeiten. Diskutieren sie diese Richtlinien und beschreiben sie den Vollzugrat, die Anordnungen zu treffen oder wählen sie sich einen neuen Vollzugrat, wenn sie es für nötig halten. Aber geben sie die Möglichkeit zur Arbeit, nur so können wir die große Entscheidungsschlacht schlagen. (Debatte über Beifall.)

Egner (K.P.D.) erklärt sich auch einverstanden, daß alle revolutionären Kräfte zusammengeführt werden. Er gibt vor allem dem O.K., das von allen Seiten in die Arbeiterschaft eindringt und wenig Widerstand findet, die Schuld an dem unglücklichen Verlauf der Revolution. Er schlägt auch die Gewerkschaften in diese Schuld ein. Ein großer Teil der Schuld an der Zerstückelung der revolutionären Arbeiterschaft trägt das Hierarchiegegnis aller Richtungen. (Sehr richtig!) Den Vorschlag der K.P.D. werte ich vor, daß sie das Betätigungsfeld der Masse ausnützen in der Gewerkschaftsfrage. Dem Autoritätsbegriff der Bourgeoisie müssen wir die Masse herunterreißen, aber wir sehen, wie zu diesen Worten in den Parlamenten sich die Vertreter der Arbeiterschaft gesellen. Nebenher ist der Erfolg des Metallarbeiterstreiks darauf zurückzuführen, daß die alten Formen der Organisation ungenügend waren. Man müsse sie organisieren und neu aufbauen. Von Parteien solle abgesehen werden bei dem Aufbau. Sollen die Gewerkschaften ihre Aufgaben nicht mehr richtig auf, dann Sprengung der Gewerkschaften durch das Räteystem. Auch die psychologische Geschlossenheit der Arbeiter muß beachtet werden. Der Untergang der bürgerlichen Revolution von 1848 war die Folge des Aufstiegs des ökonomischen Moments. Nebenher verließ einen Antrag der kommunistischen Fraktion auf Wahrung der Arbeiterräte. Er erklärt, die Betriebe sollen Organisationen einer roten Armee werden, die allen Widerstand brechen werden. (Beifall.)

Däumig (N.S.P.) hält dem Vortrager gegenüber fest, daß unter die Vergangenheit ein dicker Strich gezogen werden müsse und weist darauf hin, daß je nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes die Vollversammlung erledigt ist. Wir müssen sofort uns klar werden, uns auf die Richtlinien einigen, und nicht ewig über die Vollfrage: Betriebsorganisation oder Gewerkschaften diskutieren. Organisieren wir uns nicht, dann können wir die Entwicklung über uns hinweg. Ich habe gewiß keinerlei Anlaß, ein besonderes Loblied auf die Gewerkschaften zu singen. Ich habe immer die Gewerkschaftsbureaufälle bekämpft und bin höchst angegriffen worden. Aber man muß doch auseinanderholen die Bureaufälle und die Millionen Arbeiter, die dahinter stehen. Däumig zitiert den bereits in der „Freiheit“ veröffentlichten Brief Lenins an die Proletarier der Weltmächte, in dem er die Nichtbeteiligung an Parlamenten, Gewerkschaften usw. bekämpft. Däumig hält fort: Schaffen wir für die nächsten Wochen die neue Organisation, damit wir unser letztes Recht bei Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes in den Betrieben haben, dann haben wir auch

eine revolutionäre Tat

gemacht. Wer hier nicht mitmachen kann, der muß auch die Konsequenzen ziehen. Es wird als Person im Vollzugrat bleiben, ist uns herzlich gleichgültig. Die Angewandten haben wir nicht gehört. Aber es gibt nächstens nur

zwei Möglichkeiten:

entweder es gelingt den Rechtssozialisten, ihre Politik der Sozialdemokratie durchzuführen, oder wir arbeiten mit aller Kraft, organisieren die Räte, um den Kampf anzunehmen, ganz ist die soziale Revolution auf lange Zeit auf ihren toten Punkt gelangt. Klar müssen wir uns doch sein, daß der psychologische Zustand der Arbeiterschaft heute ziemlich bedenklich ist. (Sehr richtig!) Schafft Euch jetzt Räte in die Betriebsräte, die Kontroll- und Mitbestimmungsrecht verlangen. Dann wird jeder Betrieb überdacht der sozialen Revolution. Ich sehe unter der Diktatur des Proletariats etwas, was durchaus verwirklicht werden kann, aber nur durch starke Organisationen. Jeden dem am Anfang des Sozialismus gelegen ist, muß sich auf den Boden des Räteismus stellen und an unsern Aufbau mitwirken. Es wird das schönste Zeichen der Berliner Rätebewegung sein, wenn die

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermyna Zur Mühlen.

IV.

Am Abend gab es Kinovorstellungen, Konzerte, Vorträge, die sich selbstverständlich alle mit dem Krieg befaßten. Sie wurden in einer großen Halle abgehalten, die die U. M. C. A. (Young Men Christian Association, Vereinigung christlicher junger Männer) erbaut hatte, eine Vergnügung für die Jimmie tiefe Verachtung empfand. Er hielt sie für ein Mittel der ausbeutenden Klasse, ihren weißen Sklaven Unterwerfung zu lehren. Doch konnte niemand im Lager leben, ohne immer wieder auf diese Organisation zu stoßen. Jimmie wurde aufgefordert, einen Vortrag beizumohnen, und kam aus bloßer Dangezwung vieler Aufforderung nach.

Der Redner war Feldwebel Ebenzer Collins, der aus England gekommen war, um sie über die Dürstlichkeit der Dummheit aufzuklären. Feldwebel Collins bediente sich einer heftigen Sprache, die Jimmie nie zuvor gehört hatte und nicht recht verstand; jedenfalls bezeugte sie die Ehrlichkeit des Feldwebels, in solchem Londonerenglisch konnte nicht gelogen werden. „Geht mon durch eine belgische Stadt“, sagte der Redner, „so begegnet man alten, graubärtigen Frauen und kleinen Kindern, die wie blasse Geister aussehen. Man legt ihnen: Verlaßt die Stadt, die Dummheit können schon heute eingeben. Aber sie wollen nicht fortgehen, weil sie kein Heim mehr haben.“

Trotz seiner selteneren Sprache erkannte man dennoch, daß der Feldwebel ein redlicher Mann war. Er besah einen Mann für Dumme, hatte ihn sich in Tod und Gruben bewahrt, in langen Nächten, in wässrigen Schützengräben, die fröhlich im Wasser, von kaltem Regen gepöckelt. Der Feldwebel besah auch ein Gefäß. „Es gibt Dinge, die einem Dummen nicht antun kann, obwohl ich weiß, daß er sie mit anseht.“ — Jimmie hatte in der Ortsgruppe häufigen Töbatten gefühlt, ob die alliierten Soldaten wirklich weniger arg seien, als die Deutschen, ob die Alliierten sich Passagierdampfer mit Frauen und Kindern verknüpfen, wenn ihnen dies zweckmäßig erschiene wäre? Feldwebel Collins hatte gar keinen Zweifel über diese Tatsache. Es kommt daher, weil wir Sport treiben, und sie nicht,

benutzt er, „wenn man Sport treibt, lernt man die Spielregeln adnen.“

Seit drei Jahren und acht Monaten hatte Jimmie von den Gräueltaten der Deutschen gehört, und sich geweigert, den Erzählungen Glauben zu schenken. Nun aber berichtete der englische Feldwebel von einem Kameraden, der bei einem Nachtsangriff verwundet worden war; der Feldwebel hatte ihn fortzutragen versucht, ihn aber dann doch liegen lassen müssen. In der Morgendämmerung eroberten sie durch einen Gegenangriff das Dorf zurück, und fondon den Kameraden zwar noch lebend, aber mit Bajonetten durch Hände und Füße an ein Eisenkreuz festgenagelt. Ein heftiges Murren lief durch den Raum, tausende von jungen Männern hallten die Hände, bereiteten sich auf ihre Arbeit in Frankreich vor.

„Neht,“ erklärte der Feldwebel, „unternehmen die Deutschen den allergrößten, wildesten Angriff des ganzen Krieges. Die Engländer sind an die Wand gepreßt; bei den Deutschen in den Erzrierlagern von Amerika liegt die Entscheidung, sie allein vermögen Rettung zu bringen, sie allein können die Welt davor bewahren, unter den Hufen des Ungeheuers zertrampelt zu werden. Werden sie ihre Arbeit leisten?“ Jimmie Higgins hörte die Antwort aus weitläufigen jungen Reden, und der Kapitän in ihm vertrat sich in den dunkelsten Winkel seiner Seele.

Dennoch vermochte der Kapitän nicht völlig zu schweigen. Der Krieg ist ein Verbrechen! Der Krieg ist ein Verbrechen! Ist eine gemeine, brutale Art, menschlichen Geist zu entscheiden. Sind aber die Menschen noch zu dumm, um auf die Stimme der Vernunft zu hören? ... Selbst diese Tatsache rechtfertigt den Krieg nicht! Ein Mann muß Prinzipien haben, muß ihnen treu bleiben, wie anders könnte er die Welt zu seinen Ansichten belehren? Ja, der Krieg ist ein Verbrechen! Aber einweilen ist eben Krieg, und es bereitet ihm kein Ende, wenn man ihn als Verbrechen bezeichneht. Was zum Teufel soll ein Mensch anfangen?

V.

Sobald Jimmie wieder arbeiten konnte, wurde er in jenen Teil des Lagers geführt, wo eine Motorraddivision erzirierte. Hier gab es einen großen Raum mit vielen beschädigten Rädern, an denen er seine Kunst zeigen konnte. Er kannte die hier verwendete Marke nicht, doch hatte er

gar bald ihre Geheimnisse heraus und bewies dem Offizier, daß er sich darauf verstehe, den Motor zu zerlegen und wieder zusammenzusetzen, neue Reifen anzubringen und alte zu reparieren, Flugelager zu reinigen, und dergleichen mehr. „Sie laugen etwas,“ ward ihm gesagt. „Und Ihre Gleichen werden in Frankreich gebraucht, wie das glühende Brot. Sie werden nicht mehr lange warmen müssen.“

Das Erzrierlager hatte seine eigene Station, alle paar Stunden kamen vollgeproviantete Züge an, die eben so vollgeproviant wieder abfahren. Jimmie wurde verständigt, packte seine Sachen, meldete sich zum Appell und nahm seinen Platz ein. Am folgenden Tag mußte er sich im „Mobilisationslager“ aufhalten, das gleichfalls einer ungeheuren Stadt gleich, und vorsichtiger, militärischer Art zufolge „irgendwo in New Jersey“ lag, obwohl auf hundert Meilen Entfernung alle den genauen Ort fanden. Hier war für Kriegszwecke ein Dafen gebaut worden, mit Dachs und Werten, wo die Transportwägen mit Proviant und Menschen beladen wurden. Die Schiffe legelten in großer Anzahl, staunenswürdig, und trugen dreihundert bis vierhunderttausend Menschen über den Ozean. Jede Woche verließ eine derartige Flotte den Dafen von New York, — dies war Americas Antwort auf den deutschen Angriff.

Hier traf man nicht bloß Soldaten an, sondern den ganzen Apparat des komplizierten Dienstes hinter der Front: Scharen von Holzhauern aus dem fernsten Nordwesten, die Frankreichs Wälder fällen und zu Eisenbahnschwellen und Pfosten für die Schützengräben verwenden werden, Eisenbahner, Bergleute, Bauarbeiter, Ingenieure und Weichensteller, Brücken- und Strohbauer, Chauffeure für vierhundert Automobile, Telephonisten, Lokomotivführer für stündlich verkehrende Lokomotiven, Bäcker und Köche, Schuster und Schneider, Farmer, um Frankreichs Felder zu bestellen, Metzger und Pfliegerinnen, um seine Verwundeten und Kranken zu pflegen. Nichts, was Wissen und Geschicklichkeit einer Hundertmillionen-Nation zu bieten hatte, fehlte in diesem Lager. Hier waren Americas jüngste, begeistertste Söhne, voll Eifer bereit, ihr Teil zu tun. Verlaßten Tod und Gefahren, bekamen vor Aufregung, Neugierde und Luft. Jimmie Higgins beobachtete sie, und seine Zweifel künftigen wie Verflüchtete. Wie konnte ein Mensch diese reine Tätigkeit leben ohne mitleidigen zu werden? Wie konnte er mit diesen lockenden, lodernden Dingen sein, ohne sich von ihrer Selbsterregung lassen zu lassen? (Beaufassung fort.)

Gewerkschaftliches.

Gegen das Betriebsrätegesetz.

Zu dem zu erwartenden Betriebsrätegesetz nahmen in einer hiesigen Versammlung am Freitag die Arbeiter- und Betriebsräte der Reichs- und Staatsbetriebe Stellung. Der Referat hielt Genosse Wegmann. Zeit ausbleibend schilderte er die Entstehung der Arbeiter- und Soldatenräte und die bald gegen sie einschende Depe und die Verschwendung ihrer Rechte, angefangen von dem 800 Millionen-Schwindel bis zum Konflikt in der Reichsdruckerei. Der Einwurf zum Betriebsrätegesetz sei nunmehr bis zur Unkenntlichkeit verhandelt und bedeute eine gewaltige Täuschung der Arbeiterschaft. Es sei ein neues Vorkriegsmodell für die alten Arbeitervereine. Die Kapitalisten genau wissen, daß das reine Rätereisystem den Kapitalismus zerbreden wird, sucht man ihre Entwicklung zu verhindern. Nur durch konsequentes Klassenkampf lasse sich der Sozialismus durchführen und nur durch den Sozialismus kann die Befreiung der Arbeiterklasse durchgeführt werden.

Als Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten wandte sich Burlewad ebenfalls gegen das Betriebsrätegesetz. Es sei dem Hilfsdienstgesetz gleich zu achten und an der Arbeiterschaft liege es, es zu ändern. Walter wandte sich gegen die rechtslogische Vertreterpolitik. Man darf erwarten, daß das Betriebsrätegesetz im Parlament nicht auf Grund der Gesetze, sondern durch revolutionäres Recht erzwungen werden.

Nach weiterer ausgiebiger Debatte und einem Schlußwort Wegmanns wurde folgende Entschiedenheit einstimmig angenommen:

Die Versammelten setzen in der Arbeiterschaft der Räte und Ausschüsse das Instrument, das geeignet ist, den Kampf um das Mitbestimmungsrecht aller Kopf- und Handarbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe energisch aufzunehmen und durchzuführen. Sie geben für dieses Gemeinschaftsziel allen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten zum Wohle der Allgemeinheit. Sie erheben energischen Protest gegen die Sabotage, die an ihren Forderungen getrieben werden und lehnen ein Gesetz ab, wie es das Betriebsrätegesetz darstellt, das die elementarsten Arbeiterforderungen mißachtet.

Die Gastwirtsgehilfen gegen den Schleichhandel.

Am Donnerstag fand im Reichspalast eine hiesige Versammlung der Rastbachangestellten statt. Der Sektionsleiter Richter teilte mit, daß der neue Lohnstarif am 1. Dezember in Kraft getreten sei. In der darauffolgenden regen Diskussion wurden zwar einzelne Positionen einer scharfen Kritik unterzogen, jedoch in Anbetracht der gegenwärtigen Lage des Gastwirtsberufes wurde der Tarif schließlich gegen drei Stimmen angenommen. Die Vertrauensleute und Funktionäre wurden aufgefordert, in den Geschäften, deren Inhaber nicht Mitglied des Vereins der Rastbachbesitzer sind, zu verlangen, daß diese den neuen Lohnstarif persönlich zu unterschreiben haben.

Unter Punkt „Verschiedenes“ entwickelte sich eine lebhafte Debatte über die Maßnahmen der Gastwirtsorganisationen betreffs Schließung der Lokale. Die Versammlung war beherzigt von der Ueberzeugung, daß diese Aktion lediglich eine solche der Unternehmung ist und daß die Interessen der Allgemeinheit höher zu stellen sind als diejenigen einer einzelnen Berufsgruppe. Doch, wo die Unternehmung die zwei Töpfe schließt, haben dieselben laut Vernehmung mit den Arbeitnehmern das Gehalt weiter zu bezahlen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Versammlung der Rastbachangestellten fordert die maßgebenden Regierungskreise auf, mit allem Ernst und mit den schärfsten Maßnahmen den Schleichhandel für alle Artikel des täglichen Gebrauchs zu bekämpfen. Sie fordern scharfe Kontrolle sämtlicher Einkäufe von den Post, Bahn, Passagier- und Wägenverkehrs. Die sofortige Verhaftung sämtlicher Schleichhändler ist die beste Maßnahme gegen diese Volksfeinde. Nur mit solchen Mitteln kann eine Gesundung des Wirtschaftslebens herbeigeführt werden.

Eine Sammlung für die politischen Gefangenen ergab den Betrag von 880 M.

Es ist sehr erfreulich, daß die Gastwirtsgehilfen, wenigstens ein großer Teil derselben, sich nicht mit dem Vorgeben der Unternehmer solidarisch erklären. Sie haben damit erkannt, daß die Interessen der arbeitenden Klasse gemeinsame sind und daß nicht Augenblicksinteressen einzelner zum Ziele führen, sondern nur die Geschlossenheit der gesamten Arbeiterschaft.

Sonntagsruhe im Zeitungsgewerbe?

In der vorigen Woche fand im Gewerkschaftshaus eine vom Transportarbeiterverband einberufene Reichskonferenz der Zeitungsausdrägerinnen und Kolporteurinnen statt, wo auch die Frage der Sonntagsruhe debattiert wurde. Es kam zum Ausdruck, daß die Sonntagsruhe unbedingt eingeführt werden müsse, da Städte, wie z. B. Leipzig, sie längst durchgeführt haben. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die sofortige Aufhebung der Sonntagsarbeit und die Aufstellung von Richtlinien zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gefordert. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, sofortige Maßnahmen einzuleiten.

Eine weitere wichtige Frage, welche die Konferenz beschäftigte, war die Kinderarbeit im Zeitungsgewerbe. Durch die angelegten Ermittlungen konnten über 1000 Kinder festgestellt werden, die des Morgens mit dem Austragen der Zeitungen beschäftigt werden. Die Ausbeutung der Kinder spottet jeder Beschreibung. Dieser Zustand muß beendet werden. Es besteht zwar ein Gesetz, welches die Kinderarbeit unter 12 Jahren verbietet, trotzdem blühe die Beschäftigung der Kinder. Auch in dieser Frage wurde der Verbandsvorstand beauftragt, einen Antrag auf Verbesserung und Ausdehnung des Kinderschutzgesetzes vorzubereiten und den maßgebenden Stellen zu unterbreiten. Es soll beantragt werden, daß jede Gewerkschaft der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, ohne Unterschied, ob diese eigene oder fremde Kinder sind, rüden wird.

Zur Aufstellung von Richtlinien für die Entlohnung des Kolportage- und Zeitungsmenschen wurde eine Kommission gewählt, die sich in einer besonderen Sitzung damit beschäftigen soll.

Generalversammlung der Schneider.

Die Generalversammlung der Filiale Berlin des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Maßschneiderei Deutschlands, die am Donnerstag stattfand, wählte nach längerer Aussprache der Regelung der Gehälter der Beamten und Angestellten zu.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung stand ein Antrag der Ortsverwaltung zur Debatte, in dem vorgeschlagen wurde, die vom Zentralverband herausgegebene Frauenbeilage abzulehnen und dafür sämtliche weiblichen Mitglieder der „Kämpferin“ auf Kosten der Ortskasse zu liefern. Hierüber entsann sich eine lebhaft und stürmisch geführte Debatte, die schließlich mit dem Beschlusse endete, die Beilage zu akzeptieren.

ermöglichen. Die Diskussionsform konnte wegen vorgerückter Zeit diese Angelegenheit nur kurz streifen und vermochte, diese zur Entscheidung an die einzelnen Ortsgruppen.

Nachschick der Redaktion. Die Fassung der obensichenden Resolution läßt es leider nicht erkennen, worin die Niederländer Genossen Verträge gegen den „revolutionären Klassenkampfstandpunkt“ in der „Freiheit“ erblickten. Wir sind überzeugt, daß eine eingehende Aussprache die Grundlosigkeit dieser allgegenwärtigen Anschuldigung ergeben hätte. Leider haben es aber die Genossen nicht für nötig gefunden, einen Vertreter der Redaktion zu einer solchen Aussprache heranzuziehen.

Neußän. In einer Mitgliederversammlung nahmen die Neuzähler Parteigenossen am Mittwochabend den Bericht vom Parteitag ihres Delegierten Sievers entgegen. Er berichtete in sehr objektiver Weise über die einzelnen Debatten und schilderte die vorzüglich aufgearbeitete Rede des Genossen Erispian über Programm und Taktik der Partei, die wie Hans Jansen das Proletariat zum Kampf aufruft und die auf alle Delegierten einen großen Eindruck machte. Das Aktionsprogramm, das Erispian vorlegte und das vom Parteitag angenommen wurde, brachte mit allen Unklarheiten und Brüche aus, daß die Partei sich auf den Boden des reinen Klassenkampfes, des politischen Rätereisystems und der Diktatur des Proletariats stellt. In der Frage der Internationalen glaubte der Parteivorstand durch seine Resolution Klarheit zu schaffen, doch wurde keine Einigung erzielt. Die Neuzähler Delegierten stimmten für Ausschluß an Moskau. In der Gewerkschaftsfrage sei der Parteitag zu kurz gekommen, da heute nur ein Referat ohne Diskussion gehalten habe. Da der gesamte Parteivorstand seine Posten niederlegte, mußte eine Neuwahl vorgenommen werden. Vor allem hand der linke Flügel auf dem Standpunkt, das Genossen in den Vorstand müssen, die auch die Gewähr bieten, daß das Aktionsprogramm nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch zur Durchführung kommen muß. Bei aller Achtung vor dem Genossen Ledebour haben wir Neuzähler uns doch genötigt gesehen, uns für Dehmig zu entscheiden. Sievers hat nun noch die entstellten Berichte, die er über den Parteitag in der Parteipresse beschrieb; fast alle, mit Inbegriff der „Freiheit“, seien persönliche Ansichten der Redakteure, die sie, wie jeder andere, mit ihrem Namen versehen sollen. Weiter verlas er einen Artikel von Strödel über den Parteitag, der allgemeine Entrüstung in der Versammlung hervorrief. In der Diskussion äußerten sich alle Redner im Sinne des Referenten und begrüßten das Arbeitsprogramm und den Ausschluß an Moskau. Jeder die Schreilweise der „Freiheit“ war im allgemeinen eine Meinung, daß sie im Sinne des Aktionsprogramms scheitern müsse, solange jedoch Überlebende die Zeitung habe, sei dies nicht zu erwarten; es wurde daher gefordert, daß Genosse Erispian als Redakteur zurücktritt und Strödel aus der Partei gemessen wird. Ferner mußte auch eine Proklamationskommission gewählt werden, denn es geht nicht, daß der Ausschluß den politischen Kurs bestimmt. Zur Gewerkschaftsfrage bedauerte man, daß da nicht Klarheit geschaffen wurde, die unbedingt nötig wäre.

Reichskonferenz der sozialistischen Jugend.

In der Programmberatung wurde am Dienstag vorgeschlagen, nach Schluß der Generaldebatte trat man in eine Tagesdebatte ein, in der die Abänderungsanträge zum Programm besprochen wurden. Vorher wurde über den Namen der neuen Organisation abgestimmt. Mit 103 gegen 60 Stimmen — es wurde nach den verteilten Ortsgruppen abgestimmt — wurde Johann beschlossen, den Namen „Sozialistische Proletarische Jugend“ anzunehmen. Die Widerpart stimmte für „Die sozialistische Jugend“, drang aber nicht durch, weil die Mehrheit mit den verworrenen Verhältnissen brechen wollte, die dadurch entstanden sind, daß zwei Jugendorganisationen den gleichen Namen führen. Bei der Entscheidung über den Programmtext wurden zuerst die Abänderungsanträge durch Angelabstimmung erledigt. Alle Anträge, die darauf zielen, die Jugendbewegung zu einer unpolitischen, oder andererseits zu einer U. S. V.-Jugend zu machen, werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Darauf wird das Programm mit 167 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

Man schließt dann zur Beratung des Organisationsstatuts, über welches Jugendgenosse E. La. Berlin referierte. Es wird ein Vorschlag der Organisationsstatut an die Zentrale von 7 Pf. für Kopf und Monat festgesetzt. Die engere Zentrale soll aus 12 Mitgliedern, der außer dieser fungierende Reichsausschuss mit Kontrollverordnungen aus 8 Mitgliedern bestehen. Das Statut wurde einstimmig angenommen.

Über die Pressefrage referierte Jugendgenosse E. La. Berlin. Er sollte mit, daß die U. S. V. ihre Jugendzeitung vorbehaltlos der neuen Jugendorganisation übergeben habe. Die Jugend hat nun wieder ein eigenes Blatt, das demnachst unter dem Titel „Proletarische Jugend“ erscheinen wird. Eine Organisationsbeilage „Kampf und Arbeit“ soll alle Fragen der Bewegung behandeln, während der Hauptteil der Zeitschrift den jugendlichen sozialistischen bilden soll. Die Zeitschrift wird alle 14 Tage einmal erscheinen. In einer kurzen Diskussion über das Referat, in der auch Genosse Engelbert Graf noch einmal erläuterte, auf welche Weise er die Redaktion führen wolle, trat hier gut, daß in der Pressefrage völlige Einmütigkeit besteht.

Es wurden dann die notwendigen Wahlen zur Reichszentrale und zum Reichsausschuss vorgenommen, wobei beschlossen wurde, die Zentrale nach Leipzig zu legen, da Berlin augenblicklich die Nachteile besitzt. Gewählt wurden folgende Jugendgenossen: In die engere Zentrale als Vorsitzender Schröder, Leipzig, als Kassierer Springer, Leipzig, als Schriftführer Hochmann, Leipzig, als Redakteur der Organisationsbeilage Voeuer, Leipzig, als Beisitzer Dübler, Leipzig, Windau, Leipzig, als Jugendgenosse Hoffmann, Plauen i. V. In den neunstelligen Reichsausschuss wurden gewählt: Demberg, Weihenstephan, Weihenstephan, Dobbertshagen-Doggen, Franz-Oera, Paul-Königsberg, Wauer, Nürnberg, Friede-Berlin, Gode-Plauen und Emmi Wittenberg.

Es wurde auf Antrag des Jugendgenossen Friede eine fünf-köpfige Kommission eingesetzt, die ein besonderes Bildungsprogramm auszuarbeiten soll. Zur Frage der Internationalen wurde beschlossen, die Zentrale zu beauftragen, mit dem Exekutivkomitee der Jugendinternationalen in Verbindung zu treten, um über die Arbeitsbedingungen Klarheit zu schaffen. Ferner wird die Zentralverwaltung für Herausgabe billiger und aufklärerischer Literatur, die dem Verständnis der arbeitenden Jugend entspricht, beauftragt. Sodann sollen Kampfbroschüren vertrieben werden. Genosse Schröder, Leipzig, der Vorsitzende der nun wieder reorganisierten Jugendorganisation, hielt eine kurze Ansprache, in der er die zukünftige Aufgabe für die Arbeit der nächsten Zeit gab und anforderte, sofort Geldmittel aus den Bezirken an die Zentrale zu senden, da diese infolge ihrer völligen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit über keinerlei Geldquellen verfüge. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt und Jugendgenosse Erispian, Nürnberg, hielt eine Schlußansprache, in der er den hiesigen Jugendgenossen für die gelassene Aufnahme der Delegierten dankte. Die nächste Reichskonferenz möge eine Parteikonferenz sein, die die sozialistische Proletarische Jugend und den gemeinsamen Kampf der Internationalen führt. Die Reichskonferenz hat eine große Bedeutung für die Bewegung der jungen Proletarier in Deutschland. Letztes Jahr hat sie unter dem Namen „Reichskonferenz“ stattgefunden.

hieser Seite wurde die Forderung der „Sozialistin“ gefordert. Der Antrag der Ortsverwaltung wurde schließlich mit überwältigender Mehrheit angenommen. Den etwa 10 000 Mitgliedern wird also unsere Frauenzeitung „Die Kämpferin“ geliefert.

Abschluß der Lohnbewegung in der Lieferungsbranche.

In der Versammlung der Lieferungsbranche am Dienstag gab Genosse Lehmann einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgeber, die sich bereit erklärt hätten, 40 Prozent für Staatsbahnlieferungen, 50 Prozent für alle anderen Lieferungen ab 1. Dezember und 100 Prozent ab 1. Januar auf die letzten Löhne zu bezahlen. Nach ausgiebiger Debatte, in der die Verhältnisse in der Lieferungsbranche grell beleuchtet wurden, erklärte sich die Versammlung mit knapper Mehrheit für Annahme des Angebots.

Vom Wiederaufbau des Wirtschaftslebens wird heute viel geredet und geschrieben. Wie in Wirklichkeit das Privatkapital auf diesem Gebiet Sabotage treibt, geht aus dem Verhalten der Direction der Angestellten- und Bergarbeiter Riede & Co. hervor. Das Werk, das während des Krieges Millionenorden verdient hat, wird nach und nach außer Betrieb gesetzt und Tausende von Arbeiterexistenzen werden auf das Pflaster geworfen. Die Reichsregierung kann der Betrieb eingestellt werden. Es können Arbeiter, landwirtschaftliche Maschinen aller Art, die jetzt fast überall vorhanden sind, auch psychologische Apparate, alle Kräfte insbesondere auch technische sind reichlich vorhanden. Das Werk befindet sich in Liquidation. Sollte, wie besprochen wird, das Bankrotatorium den Bankkredit zurückgezogen haben, so wäre es nicht die Reichsregierung, sondern das Reich, das in Gefahr wäre. Hier kann gegenwartig werden, daß die Industrie in Gang gebracht werden kann. Künftiges Gelingen hängt nicht, sondern muß angelegt werden, wenn das Wirtschaftsleben in Gang kommen soll.

Die kommunalen Bauverhältnisse haben die Vertreter der Gemeindeverwaltungen vor den Schlichtungsausschüssen Groß-Berlins geladen, um zu erneuten Verhandlungen zu kommen. Wie und berichtet wird, hat der Sanitätsrat Casparian im Auftrag einer Anzahl Gemeinden den Vorstehenden abgelehnt. Die Folge war, daß der Unparteiische am Tage der Verhandlung nicht erschien und so dieselbe in Frage gestellt wurde. Einigung der Verhandlung machte sich in familiärer Schlichtung der Vertreter von Hohenhausen unangenehm bemerkbar, welchem dann einige gleichgestimmte Gemeindevertreter zur Hilfe kamen. Die kurze Verhandlung selbst brachte nichts Neues und kam über die schon früher getroffenen Vereinbarungen nicht hinaus.

Charlottenburg. Heber die Lehren des Metallarbeiterstreiks sprach in der am 18. d. M. abgehaltenen Delegiertenversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Genosse Hippel, in recht loyaler, von jeglicher Parteipolitik sich fernhaltender Weise. Das geht nach dem Streit gegen die Zeitung desselben eine bodenlose Debatte eingeleitet hat, sei im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung sehr zu bedauern. Hier könne nur durch objektive Aufklärung des ganzen Sachverhalts helfend und der Sache fördernd eingegriffen werden. — In der Debatte hatten einige Redner Auslassungen gegen die Streikleitung vorgebracht, während andere anerkannten, daß im Vergleich zu früheren größeren Streiks die Metallarbeiter immer noch günstig abgeschnitten haben. Der Obmann, Genosse Flemming, wies auf die Volkshilfskassen der Stadt Charlottenburg hin und ermahnte, für dieselben die Agitation in den Gewerkschaften zu betreiben. Des weiteren behandelte Genosse Flemming in sehr lebhafter Diskussion die Frage der Entlassung unserer Volkshilfskassen, die noch immer in französischer Kriegsgefangenschaft schmachten. Im Namen der Menschlichkeit muß der Ruf nach Befreiung aus den Kriegsgefangenschaft in den Arbeiterversammlungen immer lauter erklingen, bis der Erfolg da ist. In die Gewerkschaftskommission sind wieder eingetreten die Schlichter, während die Klagen neu hinzugekommen sind.

Groß-Berlin.

Die Kanonen vor dem Schloß.

Vor dem Schloß stehen Kanonen. Sie zeigen von sich schamloser Macht. Es lag im Wesen des preussischen Militarismus, daß er auf offenem Markte keine Macht zeigen und den breiten Massen des Volkes vordemonstrieren wollte, wie ohnmächtig sie dem Staate gegenüber seien. Der ehemalige König Wilhelm liebte es, in keinem Machtgefühl zu verfallen, und so kam es, daß er Geschütze, die im Kriege erbeutet waren, öffentlich ausstellen ließ. Auch vor dem Schloß ließ er russische und französische Geschütze aufstellen. Das war schon Uebermut und beleidigte nur seinen Egoismus noch mehr. Es hat Leute gegeben, die Wilhelm nachgelacht haben, er hätte Sinn für Kunst und Schönheit. Das waren nur Leute, die sich nach oben hin belücheln mochten wollten. Die Kunst, die er in der Stagedallos gefördert hat, vertrat doch keinen Kunstgeschmack. Noch weniger aber die Ausstellung der Kanonen vor dem Schloß.

Nun mußte man das hinnehmen, solange Er Schloßherr war. Er konnte in seinem Gutbezirk bestimmen. Und auch darüber hinaus. Doch aber heute noch die Kanonen dastehen, sollte man kaum für möglich halten. Macht verlor sie nicht mehr, nur noch Metallwert. Von Zeit zu Zeit kommen Kinder und kriechen die Dinger hin und her. Schloßbeamte müssen sie dann wieder an Ort und Stelle lassen. Was aber das schlimmste ist, ist die Tatsache, daß die Kanonen das Schloßgebäude direkt verunzieren. Die preussische Landesversammlung hat kürzlich beschlossen, einen Teil des Schloßes für Museen zwecke herzurichten. Dem wird nun Rechnung getragen werden. Die Kanonen gehören dann erst recht weg; sie verunzieren die ganze Umgebung. Noch häßlicher ist der Eindruck, wenn man aus einem Fenster des Schloßgebäudes hinderschaut und die Kanonen vor Augen hat. Bau- und Kunstverständige, die dieser Tage mit Abgeordneten die Schloßräume besichtigen, äußerten sich alle sehr abfällig über diese „Verzierung“. Man muß sich wundern, daß die Finanzverwaltung auf diesen Umständen noch nicht gekommen ist; vielleicht kann sie für die Dinger noch ein paar Mark an Metallwert herausbekommen und die staatl. Kassen aufbessern. Auch wenn sie keinen Pfennig dafür bekommen sollte, müssen die Kanonen vom Schloß weg, und bald!

Schamlosigkeit.

Durch Inserat im „Berliner Tageblatt“ hat vor einiger Zeit das Bureau von Gebr. Preuß. Verlags- und Druckerei, einen tüchtigen Referenten, der im Jahre 1911, zum Haupt- und Abteilungsleiter heraufstieg. Einem jungen Mann, der sich um die Stellung bewarb, hat die Firma einen Lohn von 1200 M. angeboten.

